

Klaus Wolfgang Waldschmidt  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch  
Gladbach

**Rede zum Haushalt 2011  
anlässlich der Verabschiedung des  
Haushaltes 2011 im Rat der Stadt  
Bergisch Gladbach am 14. 12. 2010**  
- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Willy  
Brandt beginnen:

„Die besten Reden sind die, die nicht  
gehalten werden. Die zweitbesten sind die  
scharfen, die drittbesten die kurzen.“

Ich wähle die 2. Alternative.

Herr Bürgermeister,

das von Ihnen vorgelegte Zahlenwerk zum Haushalt ist unsolide, perspektiv-, mut- und ideenlos; Ihre Sparvorschläge sind sozial unausgewogen und zerstören die soziale und kulturelle Infrastruktur in unserer Stadt.

Vor einem Jahr verkündeten CDU und FDP - ich zitiere: „Vorrangige Aufgabe der Ratsarbeit ist eine Stabilisierung der städtischen Finanzen“.

Das von dem Bürgermeister der Ratskoalition vorgelegte Haushaltssicherungskonzept lässt jedoch jeden Konsolidierungswillen vermissen.

Der interfraktionelle Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung forderte vom Bürgermeister ein Konzept, das **ausdrücklich ohne Gebühren- und**

**Steuererhöhungen** zu einer strukturellen Verbesserung des Haushalts von 5 Mio Euro führt.

Herr Urbach hat sich dem glatt verweigert!

Zur Erreichung des vorgegebenen Konsolidierungsziels greift er unverhohlen in die Taschen der Bergisch Gladbacher Bürgerinnen und Bürger:

Steuererhöhungen von 1,6 Mio Euro, Erhöhung der Parkgebühren um 425.000 Euro, Mehreinnahmen durch Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung von 30.000 Euro, letzteres rechtlich höchst bedenklich und von „bösen Zungen“ als Wegelagererei bezeichnet.

Statt zunächst Einsparpotentiale seriös zu bewerten, werden im Haushaltssicherungskonzept Konsolidierungspositionen, wie z.B. die Überprüfung der Schulstandorte, mit einem sog. Erinnerungsbetrag von 1 Euro aufgeführt. Zugleich aber werden durch Planspiele zu Schulschließungen Eltern,

Schülerinnen und Schüler, Schulleitungen und Lehrerkollegien verunsichert.

Offensichtliche Einsparpotenziale werden ignoriert:

Während andere Gemeinden in interkommunaler Zusammenarbeit ihre Bauhöfe aus Kostengründen zusammenlegen, leistet sich Bergisch Gladbach nicht nur zwei Bauhöfe, sondern auch eine Tankstelle mit hauptberuflichem Tankwart!

Einsparpotenziale durch Erneuerung der maroden und energieträchtigen Straßenbeleuchtung in einem Contracting-Modell mit einem Energieversorger werden nicht geprüft.

Von der sozialgerechten Bodennutzung hat sich der Bürgermeister verabschiedet. Lediglich eine „Alibisumme“ von 150.000 Euro findet sich im Haushaltssicherungskonzept!

Stattdessen werden teure Grundstücke in eine Anstalt öffentlichen Rechts

verschoben und dem städtischen Haushalt entzogen, um an den Nothaushaltskriterien vorbei und unter Ausschaltung der Kommunalaufsicht wie ein reicher Großinvestor agieren und Risiken eingehen zu können.

Geradezu unverständlich ist, dass das im Bäderfond „geparkte“ Multi-Millionen-Vermögen bei den Überlegungen zur Haushaltssanierung weiterhin völlig außer Betracht bleibt.

Während der Bürgermeister mahnend durch die Stadt zieht und den Bürgerinnen und Bürgern verkündet, dass deren Gürtel enger geschnallt werden müsse, gibt man sich im Rathaus der Völlerei hin:

Auch künftig sollen nicht erforderliche Planungsgutachten in jährlich sechsstelliger Höhe vergeben werden und dann als Hochglanzbroschüren in den Dienststuben verstauben. Dies wurde in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses von allen

Fraktionen – auch von CDU und FDP – heftig kritisiert.

Seit Jahren fordert nicht nur die SPD-Fraktion die Auflösung der Stadtverkehrsgesellschaft, die nach Abgabe der Organisation des Schülertickets an die Verkehrsbetriebe außer der Eigenverwaltung keine Aufgabe mehr hat. Dieser Luxus kostet der Stadtkasse jährlich fast 40.000 Euro Overheadkosten und nutzt ausschließlich der Selbstdarstellung und dem Geldbeutel des Geschäftsführers.

Wenig glaubwürdig ist es, zur Konsolidierung des Haushalts einen sog. Personaldeckelungsbeschluss zu verkünden, bei der Stadtteilbücherei Paffrath Stellen zu streichen und zugleich persönliche und politische Weggenossen in die Verwaltung einzuschleusen, obwohl die Stellen verwaltungsintern mit engagierten und qualifizierten Mitarbeitern hätten besetzt werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

insbesondere bei der vorgelegten Investitionsplanung zeigt sich die Perspektivlosigkeit des Haushaltsentwurfs.

In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 sind die Ansätze für die Generalsanierung des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums, des Schulzentrums Saaler Mühle und der Wilhelm-Wagner-Schule auf 0,00 Euro festgeschrieben, und das bei einem Sanierungsstau von 32 Mio Euro!

Die Schulverwaltung hat die Ratspolitiker am 06. Juli 2010 schriftlich darüber informiert, dass – ich zitiere – „an diesen Standorten die Unterrichtsversorgung kritisch ist“.

Nicht nur, dass an diesen Schulen mittelfristig schon aus Sicherheitsgründen die Schließung von Gebäudeteilen unausweichlich sein wird. Vielmehr haben Bürgermeister und Stadtbaurat bei ihren verwaltungsinternen Planungen die

maroden Schulgebäude offensichtlich längst abgeschrieben und aufgegeben.

Herr Urbach,

wir fordern hier von Ihnen Offenheit und Klarheit! Die unsägliche Desinformationspolitik, die Sie bei der Regionale-Förderung betrieben haben, hat bereits nicht nur im Rat sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einem erheblichen Vertrauensverlust geführt.

Dass in der mittelfristigen Investitionsplanung die Regionale 2010 auch für die Folgejahre noch immer mit einer Förderquote von 90 % berechnet ist, birgt ein großes Risiko. Bürgermeister und Stadtbaurat weigern sich weiterhin beharrlich, ihren „Plan B“ aus der Tasche zu ziehen.

Herr Urbach,

das halbherzige Dementi, die Regionale-Finanzierung habe keinen Einfluss auf die

Schulsanierung, entbehrt somit jeglicher Glaubhaftigkeit.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
während der Bürgermeister Sparpotenziale „im eigenen Haus“ ignoriert, setzt er den Rotstift rigoros bei Kindern, Jugendlichen, Senioren und Sozialschwachen an:

In der offenen Jugendarbeit sollen Mittel in sechsstelliger Höhe gekürzt werden, die Jugendförderung für die Sportvereine soll nunmehr zur Hälfte gestrichen werden. Nur durch weitere Einsparungen bei den Seniorenbegegnungsstätten und beim Löwenpass können die freiwilligen Zuschüsse der Stadt zum Karneval im Wesentlichen unangetastet bleiben.

Während anderenorts bereits Beitragsfreiheit für Kindergärten besteht,

sollen die Elternbeiträge in Bergisch Gladbach um 10 % steigen.

Durch den Personalabbau in der Stadtteilbücherei Paffrath wird eine wichtige Einrichtung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in diesem Ortsteil kurzerhand zerschlagen.

Die Urbach´sche Sparphilosophie nach Rasenmäherprinzip „Kultur, Sport, Jugend – bluten müssen alle“ widerspricht politischer Weitsicht. Das vorgelegte Sparkonzept zerstört unwiederbringlich kulturelle, sportliche, schulische und soziale Infrastruktur.

In völliger Schiefelage sind die geplanten Steuererhöhungen gewichtet:

Während die Gewerbesteuer lediglich um 5 Prozentpunkte und somit um gerade mal 1 % steigen soll, will der Bürgermeister und seine schwarz-gelbe Koalition die Grundsteuer B um 35 Prozentpunkte anheben; das sind fast 8 %!

Der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins, der wohl nicht als bekennender Sozialdemokrat bekannt sein dürfte, kritisiert die Steuererhöhung – insbesondere in Anbetracht der ohnehin schon überdurchschnittlich hohen Abgabenlast in Bergisch Gladbach – klar und deutlich als unsozial.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen in der nachhaltigen Konsolidierung der städtischen Finanzen eine der wichtigsten Aufgaben dieses Rates. Die SPD-Fraktion ist bereit, hierfür auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

Aber zunächst einmal müssen alle Einsparpotenziale aufgezeigt, seriös bewertet, ohne Klientelschonung in ihren Auswirkungen gegeneinander abgewogen und auch nach sozialen Kriterien gewichtet werden, wobei

Zukunftsinvestitionen in Bildung und Sozialprojekte oberste Priorität haben müssen.

Die neue Landesregierung wird den Handlungsspielraum für hoch verschuldete Kommunen wie Bergisch Gladbach Anfang 2011 wesentlich verbessern. Regierungspräsidentin Gisela Walsken hat angekündigt, die unsinnige Forderung, jedes Jahr 10 % der freiwilligen Leistungen einzusparen, zu verändern. Wenn der Rat heute den Haushalt mit den unsäglichen sog. Korridorvorgaben verabschiedet, gibt er Entscheidungsspielraum leichtfertig aus der Hand.

Er setzt sich zudem über die Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände und den Appell der IHK Köln hinweg, eine Beschlussfassung erst im neuen Jahr vorzunehmen, wenn eine verbindliche Datengrundlage über Schlüsselzuweisungen, die Investitions-,

Schul- und Sportpauschale und die Höhe der Kreisumlage vorliegt.

Wir lehnen deshalb den Haushaltsentwurf, das Haushaltssicherungskonzept und den Stellenplan ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.